

UR.Rolle Nr. 641 W/2016

Gründung einer gemeinnützigen Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)

Am ersten April zweitausendsechzehn,

- 01.04.2016 -

erschieden vor mir,

Daniel W a s s m a n n ,
Notar mit dem Amtssitz in Kandel,

an der Geschäftsstelle in 76870 Kandel, Jahnstraße 6:

Frau Nora Kern,
geboren am 1. September 1990,
wohnhaft Alsdorfer Str. 23, 50933 Köln,

Herr Üwen Ergün,
geboren am 5. Mai 1996,
wohnhaft Palanterstr. 3g, 50937 Köln,

ausgewiesen durch amtliche Ausweispapiere,

- nachstehend auch "die Gesellschafter" genannt -.

Alle Erschienenen erklärten, wirtschaftlich auf eigene Rechnung zu handeln.

Die Erschienenen sind damit einverstanden, dass vollständige Kopien ihrer Ausweispapiere zu den Akten des Notars genommen werden.

Auf Ansuchen der Erschienenen beurkunde ich ihren Erklärungen gemäß folgendes:

§ 1

Die Gesellschafter errichten hiermit eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, welcher sie den als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrag geben. Die Anlage ist wesentlicher Bestandteil dieser Urkunde.

§ 2

Der Notar wies insbesondere darauf hin, dass

1. die vor Eintragung und Entstehung der Gesellschaft in ihrem Namen Handelnden persönlich als Gesamtschuldner haften,
2. für eine nicht voll einbezahlte Stammeinlage eines Gesellschafters auch die übrigen Gesellschafter nach § 24 GmbH-Gesetz haften,
3. Bareinlagen zur freien Verfügung der Geschäftsführung eingezahlt werden müssen und nicht unmittelbar oder mittelbar über Geschäfte der Gesellschaft mit Gesellschaftern wieder an diese zurück fließen dürfen,
4. die Gründungsgesellschafter in der Höhe haften, in der der Wert des Gesellschaftsvermögens im Zeitpunkt der Eintragung unter das Stammkapital gesunken ist,
5. falsche Angaben von Gesellschaftern oder Geschäftsführern im Zuge der Gründung strafbar sind,
6. staatliche Genehmigungserfordernisse auch dann zu beachten und zu erfüllen sind, wenn das Handelsregister diese nicht überprüft.

§ 3

Unter Verzicht auf die Einhaltung aller gesetzlich oder vertraglich vorgeschriebenen Formen und Fristen treten die Gesellschafter hiermit zu einer Gesellschafterversammlung zusammen und beschließen folgendes:

Zu(m) ersten Geschäftsführer(n) wird/werden bestellt:

a) Frau Nora Kern, vorgeannt,

und

b) Herr Üwen Ergün, vorgeannt.

Der/die Geschäftsführer ist/sind auch dann einzeln zur Vertretung der Gesellschaft befugt, wenn mehrere Geschäftsführer bestellt sind, und von den Beschränkungen des § 181 BGB allgemein befreit.

§ 4

Jeder Gesellschafter, ggf. auch als Geschäftsführer, erteilt den jeweiligen Angestellten des amtierenden Notars, insbesondere Frau Tanja Hamburger, Frau Regina Messinger,

Frau Julie Stöffler und Herrn Andreas Roth, unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB, je Einzelvollmacht, die Erklärungen bzw. Beschlüsse in dieser Urkunde zu ergänzen und zu ändern, sowie Handelsregisteranmeldungen vorzunehmen.
Die Vollmacht ist jedoch nur wirksam, wenn von ihr vor dem amtierenden Notar, seinem Vertreter, Sozius oder Amtsnachfolger Gebrauch gemacht wird.

§ 5

Von dieser Urkunde erhalten die Gesellschafter und die Gesellschaft je eine Abschrift, das Finanzamt am Sitz der Gesellschaft eine beglaubigte Abschrift.

Die Kosten dieser Urkunde, der Handelsregisteranmeldung und ihres Vollzugs trägt die Gesellschaft. Die Gesellschafter erklären hiermit, neben der Gesellschaft für die Begleichung dieser Kosten zu haften.

Samt Anlage vorgelesen vom Notar,
von den Beteiligten genehmigt
und eigenhändig unterschrieben:

Wora h -

Immer Gess

Daniel Waffmann _____
- Notar -



Anlage

Gesellschaftsvertrag

§ 1

Firma und Sitz

1. Die Firma der Gesellschaft lautet:

KRF KinderRechteForum UG (haftungsbeschränkt)

2. Sitz der Gesellschaft ist Köln.

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

1. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Zweck der Gesellschaft ist Förderung der Jugendhilfe und die Unterstützung von Kindern.

Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Stärkung des Bewusstseins, aber auch Förderung von Engagement für Kinderrechte durch verschiedene Angebote, Veranstaltungen und ähnlichen Aktionen. Zudem betreibt die Gesellschaft Einzelfallhilfe und allgemeine Kinder- und Jugendarbeit.

3. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
4. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.
5. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Dauer der Gesellschaft

1. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.

2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 4

Stammkapital und Geschäftsanteile

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt

1.000,-- EUR
- eintausend Euro -

und wird wie folgt übernommen:

- a) Frau Nora Kern
übernimmt einen Geschäftsanteil mit einem Nennbetrag in Höhe von
500,- €
(i. W. fünfhundert Euro)
(Geschäftsanteil Nr. 1),
 - b) Herr Üwen Ergün
übernimmt einen Geschäftsanteil mit einem Nennbetrag in Höhe von
500,- €
(i. W. fünfhundert Euro)
(Geschäftsanteil Nr. 2).
2. Die Einlagen sind in Geld zu erbringen, und zwar sofort in voller Höhe.

§ 5

Vertretung

1. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten.
Hat die Gesellschaft nur einen Geschäftsführer, so vertritt dieser die Gesellschaft allein.
Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.
2. Einem Geschäftsführer kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung die Befugnis zur Einzelvertretung der Gesellschaft auch für den Fall eingeräumt werden, dass mehrere Geschäftsführer bestellt sind oder bestellt werden.
3. Ein Geschäftsführer kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit werden.
4. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für Liquidatoren.

§ 6

Geschäftsführung

Die Befugnis zur Geschäftsführung ist grundsätzlich unbeschränkt. Die Geschäftsführer bedürfen jedoch für Maßnahmen, welche ihrer Art oder Größe nach als außergewöhnlich anzusehen sind, der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung.

Im Übrigen kann die Gesellschafterversammlung durch Gesellschafterbeschluss der Geschäftsführung jederzeit Anweisung erteilen, insbesondere kann die Gesellschafterversammlung einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte beschließen. Dieser Katalog ist nicht Bestandteil des Gesellschaftsvertrages, sondern eine intern bindende Richtlinie für die Geschäftsführung. Der Katalog kann daher durch die Gesellschafterversammlung jederzeit erweitert, geändert oder ausgesetzt werden.

§ 7

Gesellschafterversammlung

1. Alljährlich findet innerhalb der gesetzlichen Fristen eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt, in der unter anderem über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung der Geschäftsführung zu beschließen ist.

Weitere Gesellschafterversammlungen sind bei Bedarf von der Geschäftsführung einzuberufen.

Die Gesellschafter sind zu den Gesellschafterversammlungen durch eingeschriebenen Brief zu laden.

Die Ladung hat mit einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen; hierbei sind der Tag der Ladung und der Tag der Versammlung nicht mitzurechnen.

Tagungsort, Tagungszeit und Tagesordnung sind in der Ladung mitzuteilen.

2. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des stimmberechtigten Stammkapitals vertreten ist. Fehlt es hieran, so ist innerhalb einer Frist von vier Wochen eine neue Versammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese Versammlung ist in jedem Fall beschlussfähig; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
3. Beschlüsse können auch ohne Abhaltung einer Gesellschafterversammlung im Umlaufverfahren und in Textform gefasst werden, wenn alle Gesellschafter damit einverstanden sind.
4. Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist von der Geschäftsführung ein Protokoll anzufertigen.

§ 8

Beschlussfassung

1. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Größe des einzelnen Geschäftsanteiles.

Jeder Euro eines Geschäftsanteiles gewährt eine Stimme.

2. Soweit nicht der Gesellschaftsvertrag oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas anderes vorsehen, beschließt die Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen werden hierbei nicht berücksichtigt.

§ 9

Jahresabschluss, Gewinnverwendung

Der Jahresabschluss hat den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen und ist sämtlichen Gesellschaftern schriftlich mit der Einladung zu der Gesellschafterversammlung zu übermitteln, in welcher über den Jahresabschluss beschlossen werden soll.

Eine Gewinnausschüttung kann nicht beschlossen werden; § 2 Ziffer 4 ist zwingend zu beachten.

§ 10

Verfügung über Geschäftsanteile

1. Jede Verfügung unter Lebenden über Geschäftsanteile im ganzen oder in Teilbeträgen, z. B. Abtretung, Verpfändung, Nießbrauchsbestellung, bedarf zu ihrer Wirksamkeit der schriftlichen Zustimmung der übrigen Gesellschafter.
2. Beim Verkauf eines Geschäftsanteils an Nichtgesellschafter steht den übrigen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht gemäß §§ 463 ff. BGB zu, bei mehreren im Verhältnis ihrer bisherigen Beteiligung am Stammkapital.

§ 11

Kündigung

1. Jeder Gesellschafter kann durch eingeschriebenen Brief mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende des Geschäftsjahres im Wege der Kündigung seinen Austritt aus der Gesellschaft erklären.

2. Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, nach Wahl der Gesellschaft seinen Geschäftsanteil ganz oder geteilt an die Gesellschaft selbst, an einen oder mehrere Gesellschafter oder an einen oder mehrere von der Gesellschaft zu benennende Dritte abzutreten oder die Einziehung seines Geschäftsanteils zu dulden. Bei der Beschlussfassung hierüber hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht.
3. Der ausscheidende Gesellschafter hat Anspruch auf Abfindung gemäß den Bestimmungen dieses Gesellschaftsvertrages, sofern die Gesellschaft nicht aufgelöst wird.
4. Erklärt die Gesellschaft nicht binnen vier Monaten, gerechnet ab dem Tage des Zugangs der Kündigungserklärung, welches Recht gemäß Abs. 2. sie geltend macht, so wird die Gesellschaft zum Ende des Geschäftsjahres aufgelöst.

§ 12

Einziehung von Geschäftsanteilen

1. Die Gesellschaft kann Geschäftsanteile eines Gesellschafters mit Zustimmung des Berechtigten jederzeit einziehen.
2. Der Zustimmung des betroffenen Gesellschafters bzw. im Todesfall dessen Erben zur Einziehung eines Geschäftsanteils bedarf es nicht, wenn
 - a) der Geschäftsanteil Gegenstand einer Vollstreckungsmaßnahme ist und diese nicht innerhalb eines Monats aufgehoben wird oder
 - b) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Gesellschafters beantragt wird oder
 - c) in der Person des Gesellschafters ein wichtiger Grund vorliegt, der den übrigen Gesellschaftern die Fortsetzung der Gesellschaft mit ihm nicht mehr zumutbar erscheinen lässt und seine Ausschließung aus der Gesellschaft rechtfertigt, oder
 - d) der Gesellschafter verstirbt.
3. Eine Einziehung ist nicht mehr zulässig, wenn im Zeitpunkt der Beschlussfassung die Vollstreckungsmaßnahme bzw. das Insolvenzverfahren aufgehoben ist oder durch Beschluss der Gesellschafterversammlung auf das Einziehungsrecht verzichtet wird, oder - im Falle des Todes des Gesellschafters - nach Ablauf von drei Monaten nach Kenntnisnahme der Gesellschaft von der Feststellung der Erbfolge durch das Nachlassgericht.

4. Statt der Einziehung können die Gesellschafter beschließen, dass der Geschäftsanteil des betroffenen Gesellschafters an einen oder mehrere andere Gesellschafter, an einen oder mehrere Dritte oder an die Gesellschaft selbst abzutreten ist.
5. In den vorstehend genannten Fällen hat der betroffene Gesellschafter bzw. haben im Todesfall dessen Erben bei der Beschlussfassung kein Stimmrecht.
6. Der ausscheidende Gesellschafter bzw. dessen Erben haben Anspruch auf Abfindung nach diesem Vertrag.

§ 13

Abfindung

In allen in diesem Vertrag geregelten Fällen der Einziehung oder Abtretung eines Geschäftsanteiles bzw. bei Auflösung der Gesellschaft ist dem betroffenen Gesellschafter bzw. dessen Erben als Abfindung bzw. den Gesellschaftern als Auseinandersetzungsguthaben nicht mehr als seine/ihre eingezahlten Kapitalanteile und der gemeine Wert seiner/ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück zu gewähren.

§ 14

Auflösung der Gesellschaft

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an die National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 15

Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung verbundenen Kosten (Notar- und Handelsregistergebühren) bis zu dem geschätzten Gesamtbetrag von 1.000,-- €, maximal jedoch bis zur Höhe ihres Stammkapitals.

Darüber hinausgehende Kosten tragen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile.

§ 16

Schlussbestimmungen

Sollte sich eine Bestimmung dieses Vertrages als unwirksam erweisen, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen hiervon nicht berührt. In diesem Fall sind die Gesellschafter verpflichtet, anstelle der unwirksamen Regelung eine dem Sinn und Zweck des Vertrages entsprechende, gesetzlich zulässige Vereinbarung zu treffen, welche wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Vertragspartner gewollt haben.

Ende der Anlage